

Sicherheit in Europa gefährdet werde. Italien habe Sicherheit nötig und diese Sicherheit sei nur gewährleistet durch das Gleichgewicht der europäischen Mächte. Voraussetzung dieses Gleichgewichts sei aber einmal die Beseitigung der technischen und juristischen Missverhältnisse in der Rüstungsfrage. Es können rechtlich — sagt Grandi —

nicht zwei Kategorien von Staaten bestehen, die einen mit der Freiheit zu rüsten, die anderen, durch Verträge an bestimmte Rüstungsvorschriften gebunden.

Die Rüstungen müßten auf der gleichen juristischen Basis beruhen und gerechterweise verteilt werden. Italien habe sich nie geweigert, das gute Recht anderer Nationen anzuerkennen. Vom Tage des Versailler Vertrages an habe Frankreich der Welt das Problem seiner Sicherheit vorgestellt. Italien habe sich nicht geweigert, diese Sicherheit anzuerkennen und habe den Vertrag von Locarno unterschrieben. Deutschland habe gefordert und fordere noch immer seine Freiheit.

Vom Ende des Krieges an bis heute habe Italien auch nicht die kleinste Gelegenheit vorübergehen lassen, Deutschland zu helfen.

Aber auch Italien selbst habe der Welt ein Problem zu stellen. Dieses sei nicht minder wichtig als das der Sicherheit und der Freiheit: das Problem der Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarstaaten. Es sei ein Lebensproblem, das unmittelbar mit Italiens Dasein und seiner Zukunft zusammenhänge. Kann ein Volk von 42 Mill. Einwohnern, das in 15 Jahren 50 Mill. zählen wird, leben und sich fortentwickeln, gedrängt auf ein Territorium, das die Hälfte des spanischen und deutschen beträgt, keine Rohstoffe hat, wenn überdies alle Nationen der Welt Handelsbarrieren errichten, die Kapitalbewegung hemmen, die Einwanderung verhindern, und den Eintritt nur in ihre Grenzen, nein auch in Kolonien und Protektorategebiete sperren? Dieses Problem müsse jetzt, wo die Zeit dazu reif sei, in das Problem des internationalen Aufbaus einbezogen werden. Das sei die nächste Aufgabe der schließlichen Außenpolitik.

## Die Reichswasserstraßen im Arbeitsbeschaffungsprogramm.

30 000 Arbeiter werden beschäftigt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichswasserstraßenverwaltung wird nunmehr in einem Schreiben des Reichsverkehrsministers an den Reichswasserstraßenbeirat bekanntgegeben. Auf Grund der Ermächtigung der Reichsverordnung vom 14. Juni werden bekanntlich für die Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms von der Reichsregierung 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Liste der nunmehr fertiggestellten Bauvorhaben umfaßt zum größten Teil Verbesserungen an den vorhandenen Reichswasserstraßen, die sich im Interesse der Vorflut, der Landeskultur und der Schifffahrt seit längerer Zeit als dringlich erwiesen haben. An neueren größeren Bauunternehmungen wird nur ein Bauvorhaben, nämlich die Verbesserung der Vorflut- und Schifffahrtsverhältnisse in der Havel von Havelberg abwärts in Angriff genommen. Dagegen ist der Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals nicht vorgesehen.

Am ganzen kommen etwa 120 Bauvorhaben zur Durchführung, die sich auf alle Ströme Deutschlands und einen großen Teil ihrer Nebenflüsse verteilen. Im ganzen werden etwa 30 000 Arbeiter durch dieses Programm beschäftigt werden können.

## Die Industrie zum Wirtschaftsprogramm.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eine Sitzung ab. Nach Referaten von Dr. Silberberg, Direktor Aracner, Dr. Herle und Geheimrat Kaffke beschloß das Präsidium die Einsetzung zweier besonderer Ausschüsse. Der eine soll an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz mit dem Gesichtspunkt der deutschen industriellen Interessen mitwirken, der andere soll sich mit dem Problem der deutschen Auslandsverschuldung und insbesondere der Vorbereitung der weiteren Stillhalteverhandlungen befassen. Es kam während der Aussprache zum Ausdruck, daß es der Reichsverband als eine ernste Pflicht seiner Mitglieder ansehe, alle in dem neuen Wirtschaftsprogramm liegenden Möglichkeiten erschöpfend auszunutzen, daß aber auf der anderen Seite auch die Regierung nicht zögern darf, das angelegentlichste Reformwerk, insbesondere hinsichtlich der Verminderung der öffentlichen Lasten und der endgültigen Sanierung der öffentlichen Haushalte, beschleunigt und umfassend durchzuführen.

## Lebensfragen der Landwirtschaft.

Eine Rede Hugenberg's in Weimar.

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg sprach in Weimar in einer Wahlkundgebung über Landwirtschaftsfragen. Er betonte dabei u. a.: Der seit Jahren von mir vertretene Gesichtspunkt des Aufnehmens anderer Angelegenheiten der Berufsstände hat das Innerste des deutschen Menschen schon weitgehend erobert. Es gibt im Grunde z. B. in den Städten kaum noch jemanden, der nicht überzeugt ist, daß die Landwirtschaft gerettet werden muß, weil darauf die geordnete Ernährung des ganzen Volkes beruht. Es gibt nur wenige Städter, die den fortgesetzten, immer weitere Erzeugnisse ergreifenden Preisverfall der landwirtschaftlichen Produktion als etwas zu Begrübendes, Natürliches, Unabänderliches hinnahmen. Jeder weiß, daß es so nicht weitergeht. Das ist eine Schicksalsfrage für das Volk, aber auch für jede Regierung, die an seiner Spitze steht.

Wir Deutschnationalen haben schon einmal bewiesen, daß wir dafür in allen unseren Schichten, ländlichen und städtischen, volles Verständnis haben. Wir haben Herrn Schiele als Ernährungsminister im Frühjahr 1930, als wir das Kabinett Brüning der Landwirtschaft wegen nicht sofort fürzten, eine „Chance“ gegeben. Als wir einige Monate später sahen, daß seine Versprechungen an die Landwirtschaft sich nicht erfüllten, haben wir entsprechend unserer Grundeinstellung unsere ganze Kraft gegen das Kabinett Brüning-Schiele gewandt.

Auch in Zukunft kann die Landwirtschaft darauf bauen, daß die Deutschnationale Volkspartei die endliche Erreichung des Zieles der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Lebensmöglichkeit als einen Eckstein ihrer Politik festhält. Sie hat auch das Kabinett von Papen

als einen Garant dieser Politik begrüßt. Sie muß nach allen gegebenen Versicherungen annehmen, daß sie sich darauf verlassen kann und daß auch die Landwirtschaft es kann.

Mit Besorgnis betrachten wir das Weichen nicht nur der Vieh- und sonstigen Preise, sondern neuerdings auch wieder der Getreidepreise. Der Städter hat keinen Vorteil davon, und der Landwirt wird dadurch ruiniert. Wir vermuten, daß die Regierung hier der Sabotage nachgeordneter Stellen gegenübersteht. In jedem Falle kann die Landwirtschaft sich auf die Deutschnationale Volkspartei verlassen: sollte wider alles Erwarten der Fall „Minister Schiele“ sich wiederholen, d. h. sollte auch der gegenwärtige Ernährungsminister und das gegenwärtige Reichskabinett gegenüber der Landwirtschaft unter dem Einfluß einer unfruchtbar bürokratischen Verfassung, so steht die Deutschnationale Volkspartei auf der Seite der Landwirtschaft, nicht um der Landwirtschaft, sondern um des Volkes willen, dessen Dasein durch eine Politik bedroht wird, bei der die Landwirtschaft zugrunde geht.

## Zweck der deutschen Kontingentierungspolitik.

Die „Tomatenkommission“ in Kopenhagen.

Der Leiter der deutschen Wirtschaftsabordnung, Ministerialdirektor Walter, erklärte in Kopenhagen der Presse u. a. folgendes: Deutschland führe die Kontingentierung durch, um zu verhindern, daß durch eine allzu große Einfuhr ein zu großes Angebot in die Erscheinung trete, wodurch die Preise auf dem deutschen Markt allzusehr gedrückt würden. Deutschland sei davon überzeugt, daß eine Verminderung des Angebots höhere Preise auf dem deutschen Markt zur Folge haben würde, woraus nicht nur die deutschen Landwirte, sondern auch die ausländischen Lieferanten Vorteile ziehen würden. Bei den Verhandlungen zum Abschluß des Butterabkommens habe Deutschland geäußert, wie große Rücksicht es auf Dänemark nehme, denn Dänemark erhalte jetzt fastlich ein Drittel des gesamten Buttereinfuhrbedarfs. Dänemark könne überzeugt sein, daß Deutschland alles tue, um ihm entgegenzukommen.

## „Abrüstungs“-Entente.

Eine Entente gegen praktische deutsche Gleichberechtigung?

Aber das Ergebnis der Londoner Unterredungen von Norman Davis, soweit sie sich auf die Abrüstung bezogen, ergibt sich jetzt ein vorläufiges amtlich allerdings noch nicht bestätigtes Bild, aus dem unter anderem hervorgeht, daß England und Amerika dahin übereinstimmen, daß energische Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens und zur Wiederbelebung der Wirtschaft notwendig sind.

Rorman Davis hat die äußersten Anstrengungen gemacht, um bei England die Annahme der allgemeinen Grundzüge des Hoover-Planes durchzusetzen. Diese Aufgabe ist ihm zu einem erheblichen Teil gelungen, insofern als England die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen beim Marinehaushalt anerkannt und sich mit einer Verminderung der Gesamtonnagen einverstanden erklärt hat.

England und Amerika stimmen dahin überein, daß die Schritte zur Herabsetzung der Rüstungen zur See eine Rückwirkung auf die Land- und Luftabrüstung haben und zu einer praktischen Anwendung der allgemeinen Grundzüge des Hoover-Planes auf diesen Gebieten führen sollen. Es verlaute, daß eine Formel in Vorbereitung sei, die die gemeinsamen Ansichten Englands und Amerikas darstellt.

Es wird zurecht damit gerechnet, daß Italien sich den englisch-amerikanischen Richtlinien anschließen wird und daß damit ein moralischer Druck auf Frankreich und Deutschland im Sinne eines deutsch-französischen Ausgleiches ausgeübt werden kann.

Amerika und England sind sich darüber einig, daß die Festlegung der Rüstungsherabsetzung eine Sache ist, die zunächst nur die noch nicht abgerüsteten Mächte angeht. Andererseits aber ist man sich darüber klar, daß die Abrüstungsverhandlungen in Genf nur dann von wirklich praktischem Nutzen sein können, wenn Deutschland an ihnen beteiligt ist.

England und Amerika sind sich dabei darüber einig, daß an dem Grundgedanken der Nichtwiederaufrüstung unbedingt festgehalten werden muß.

## Oxford-Professoren setzen sich für Deutschlands Gleichberechtigung ein.

Berlin, 28. Oktober. Mitglieder der Universität Oxford wandten sich nach einer Meldung Berliner Blätter aus Oxford in einem offenen Brief an die englische Öffentlichkeit. In dem Brief wird, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß der unlegitimen Kriegesgefahr in der Welt Einhalt geboten werde. Deutschlands Gleichberechtigungsforderung könnte, wenn man ihr in der Form stattgäbe, daß Deutschland auf den Stand der anderen Mächte aufrüste, zum Wiederaufleben der verhängnisvollen Gleichgewichtspolitik führen, die die Schuld am Weltkrieg triff. Man vergesse aber nicht, daß auf Deutschlands Abrüstung die der Siegermächte folgen müsse und verleihe damit die Art, wie sich das englische Außenamt zum deutschen Gleichberechtigungsanspruch gestellt habe. „Erat den klaren moralischen Anspruch Deutschlands auf Gleichheit anzuerkennen und die klare moralische Pflicht, diesen Anspruch durch Abrüstung der Siegermächte zu befriedigen, wurden die Schlüsse durch eine unangebrachte Betonung juristischer Argumente verdunkelt.“

## Herriot lehnt Schuldenerörterung ab.

Paris, 27. Oktober. Die außenpolitische Aussprache in der Kammer wird nun doch, wenn auch in beschränktem Rahmen, stattfinden. Herriot hat sich zu einer Aussprache über den französischen Abrüstungsplan bereit erklärt, hat es aber entschieden abgelehnt, irgendwelche Erklärung über die Haltung Frankreichs zum französisch-amerikanischen Schuldenproblem abzugeben.

Am Donnerstag nachmittag gab Herriot in der Kammer eine kurze Erklärung ab. Er habe von der Absicht Franklin Bouillons Kenntnis genommen, vor dem Haushaltsauschuß

der Kammer eine Aussprache über den französischen Abrüstungsplan herbeizuführen. Er verleihe sehr wohl, daß die Kammer von der Regierung Zustimmung darüber wünsche und sei bereit, eine diesbezügliche Aussprache am morgigen Freitag nachmittag herbeizuführen. Er bitte jedoch, sie auf das allerwichtigste zu beschränken, da die Regierung eine neue Verlegung der Genfer Konferenz vermeiden möchte. Herriot fuhr dann wörtlich fort: „Wenn man mich aber auffordern würde, ich solle mich zur Schuldenfrage äußern, so würde ich mich gezwungen sehen, auf das nationale Interesse hinzuweisen, um nicht zu antworten.“ Franklin Bouillon stimmte dem Vorschlag zu. Ueber den Antrag Marin, der bekanntlich die sofortige Behandlung der Schuldenfrage verlangt, wird im Laufe der heutigen Abend Sitzung, spätestens am Freitag, abgestimmt werden.

## Amerika droht mit Aufrüstung.

Wenn Europa nicht abrüstet.

Anlässlich des amerikanischen Flottentages hat Präsident Hoover einen Aufruf erlassen, in dem erklärt wird, die erste Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund der Verfassung sei die Sicherung der nationalen Verteidigung. Die Regierung sei nach wie vor erfolgreich bemüht, die internationale Landabrüstung sowie die Abrüstung zur See in Übereinstimmung mit den Londoner Abmachungen herbeizuführen. Sollten aber diese Bemühungen schließlich doch scheitern, dann sei die Regierung der Vereinigten Staaten wegen der bann unsicheren Weltlage und zum Schutze des Handels gezwungen, die amerikanische Flotte bis zur äußersten Grenze des Londoner Flottenabkommens auszubauen und damit auf die gleiche Stärke mit der mächtigsten Flotte der Welt zu bringen.

Frankreich rüstet weiter.

Der französische Marineminister hat der Brester Werft den Auftrag erteilt, den 26 000-Tonnen-Kreuzer „Dunkirk“ auf Kiel zu legen. Die notwendigen Kredite waren bereits von der Kammer bewilligt worden, doch war bisher im Hinblick auf die Flottenabrüstungsverhandlungen und aus finanziellen Gründen von einer Kiellegung abgesehen worden. Inzwischen ist es dem Marineminister aber gelungen, die Minderheit von der angeblich dringlichen Notwendigkeit zu überzeugen, daß Frankreich den von den ausländischen Kriegsmarinen gebauten neuen Einheiten gleichwertige Schiffe entgegenstellen könne.

## Deutsch-amerikanischer Kongress in New York.

Ein dreitägiger deutsch-amerikanischer Kongress wurde mit einem Festessen im Hotel Astor in New York unter dem Präsidium von Victor F. Alders eröffnet. Unter den Ehrengästen befand sich der frühere amerikanische Vizepräsident in Berlin, Houghton, der in einer Rede die Deutschamerikaner ermunterte, ihre Beiträge zur künftigen Entwicklung Amerikas mehr als bisher zum Ausdruck zu bringen. Der frühere Handelsminister im Kabinett Taft, Charles Nagel, verlangte eine größere Berücksichtigung der deutschstämmigen Amerikaner bei der Besetzung hoher Regierungsstellen.

Am kommenden Sonntag wird ein „Deutscher Tag“ veranstaltet, in dessen Mittelpunkt mehrere Festgottesdienste stehen.

## Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 28. Oktober 1932.

Werkblatt für den 29. Oktober.

Sonnenaufgang	6 <sup>17</sup>	Mondaufgang	6 <sup>17</sup>
Sonnenuntergang	16 <sup>16</sup>	Monduntergang	16 <sup>16</sup>

1918: Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie.

## Einer für alle, alle für einen.

Die Benzelsaus-Grube bei Neurode in Schlefien ist im Konkurs. Man kennt die Unglücksgechichte dieser Grube: im Sommer 1930 fanden hier mehr als 150 Bergleute den Tod, und die Grube wurde bald darauf völlig stillgelegt. Zahlreiche Bergleute sind zum Feiern verurteilt und sind in Rot. Und nun naht der Winter, und die Bergleute, die sonst so viel Kohle für andere fördern durften, haben jetzt nicht einmal ein bißchen Kohle für sich selbst, wenn ihnen nicht geholfen wird. Aber es soll ihnen geholfen werden, denn die Hauptgläubiger der Grube haben die Genehmigung erhalten, für vier bis sechs Wochen einen Teil des noch nicht erforschten Bergwerkes wieder in Betrieb zu nehmen, um der arbeitslosen Bergschaft Kohle zu sichern. Etwa 200 Bergleute sollen etwa 6000 Tonnen Kohle fördern. Und die 200 Bergleute haben sich einhellig bereit erklärt, bei Welterzahlung der ihnen zuzehenden Vorkaufsunterstützung die ganze Arbeit ohne Lohn für sich und ihre erwerbslosen Kameraden und deren Familien durchzuführen!

... und ihre erwerbslosen Kameraden! Wir leben in einer Zeit, die als die Zeit des trassen Egoismus, der trassen Selbstsucht verurteilt ist. Wer hat jetzt noch Lust, an die Not der anderen zu denken, wo ihm selbst die Not so nahegerückt ist! Man ist froh, daß man mit seinem eigenen Leben fertig wird, daß man sich der eigenen Sorge ein wenig entledigen kann, daß man für sich und die eigene Familie noch ein bißchen Arbeit hat. Die anderen? Die anderen mögen sich selbst helfen oder irgendeine amtliche Unterstützung mag ihnen helfen oder Gott mag ihnen helfen, wenn alles andere verlag! Das ist so die allgemeine Auffassung — meint man. Ist sie das aber wirklich? Es ist eine Auffassung, wie es deren viele gibt, aber allgemein kann sie bestimmt nicht sein. Nein, es gibt glücklicherweise immer noch Menschen, die bereit sind, einzutreten für ihre Mitmenschen, die sich in Not befinden, und es finden sich dazu nicht selten gerade diejenigen, welche selbst nicht viel besitzen, bereit. Gemeinsame Not fittet und macht die Bande zwischen den Menschen fester, gemeinsame Not führt zu einer Solidarität, die über jedes Lob erhaben ist.

Das Beispiel der armen Bergleute von Neurode, die ohne Lohn für ihre erwerbslosen Kameraden mitarbeiten wollen — das ist das hohe Lied der Solidarität, das ist edelstes Menschentum! Und darum sollte keiner von uns verzagen, wenn er am Rande ist mit der eigenen Arbeitskraft, wenn er den Arbeitswillen, der in ihm ruht, nicht verwerten kann. Geviß, es ist viel Egoismus in der Welt, aber nicht so viel Egoismus, daß wir darum ganz